

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 19.03.2025

Ort: Bürgersaal des Bürgerzentrums Roter Löwen, Hauptstraße
18, St. Georgen

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Hartmut Breithaupt
Herr Peter Fichter
Frau Kirsten Heinzmann
Herr Bernhard Lobmeier
Herr Kai Noel
Herr Bernd Karsten Rieger
Frau Beate Rodgers
Herr Stefan Rosenfelder
Herr Dirk Schmider
Herr Lothar Schwarz
Herr Markus Schwarzwälder
Herr Ernst Laufer
Herr Oliver Freischlader
Herr Guido Santalucia
Frau Karola Erchinger
Herr Gerd Haas
Frau Hedwig König
Herr Hans-Peter Rieckmann
Herr Dr. Jörg Zimmermann
Herr Jochen Bäsch
Herr Andre Müller
Herr Georg Wentz

Sachkundige Einwohner

Herr Franz Günter
 Herr Joachim Kieninger
 Herr Klaus Lauble
 Frau Mareen Simon
 Herr Lennart Broghammer

Ortsvorsteher Oberkirnach
 Vertreter des Stockwalds
 Ortsvorsteher Peterzell
 Jugendgemeinderat
 Jugendgemeinderat

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann
 Herr Giovanni Costantino
 Frau Tabea Epting
 Herr Alexander Tröndle

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:**Beamte, Sachverständige usw.**

Frau Anna Benner

entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 07.03.2025 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Fragestunde für Einwohner

Protokoll:

Kindergarten „Schatzinsel“

Ein Bürger beschwert sich, dass diese Woche, sehr kurzfristig, die Öffnungszeit in der Einrichtung „Schatzinsel“ gekürzt wurde. Die Kinder können ab 24.03.25 nicht mehr bis 16.30 Uhr betreut werden. Für viele Eltern sei dies ein sehr großes Problem. Der Fachkräftemangel sei bekannt, dennoch bitte er den Gemeinderat, die Stadt und die weiteren Träger der Kindertagesstätten dahingehend zu unterstützen, die Stellenangebote attraktiv zu gestalten.

Bürgermeister Rieger erklärt, bereits heute Morgen wurde eine Demo vor dem Rathaus angekündigt, um auf die Öffnungszeiten aufmerksam zu machen. Dies habe ihn sehr geärgert. Die städtische Einrichtung in der Talstraße habe auch ein Tagheim angeboten. Dies sei allerdings mangels Interesses in eine Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten umgewandelt worden. Er habe mit dem Träger der „Schatzinsel“ gesprochen. In einer schriftlichen Antwort teile dieser mit, die Einrichtung läge nicht in der Zuständigkeit und dem Betrieb der Stadt St. Georgen, daher sei die Stadt St. Georgen auch nicht der Ansprechpartner. Zudem könne die Stadt keine Lösung anbieten. Der Träger arbeite an einer Lösung, um ab nächster Woche evtl. durch Notgruppen einen Betrieb anbieten zu können. Ausschließlich der Träger sei in dieser Sache zuständig. Grund der Öffnungszeitenkürzung sei der hohe Krankenstand in der Einrichtung, aber auch Personalmangel, über den viele Einrichtungen klagen. Der Träger müsse die Eltern informieren, er (der Bürgermeister) sehe derzeit keine Möglichkeit, die ausfallenden Zeiten aufzufangen.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

a) Umzug Rathaus in A.Maier-Gebäude

Bürgermeister Rieger teilt mit, heute sei mit dem Umzug begonnen worden. Die ersten Mitarbeiter seien ab morgen im A.Maier-Gebäude. Es werde versucht, eine durchgängige Erreichbarkeit zu gewährleisten und den Umzug während des laufenden Betriebs zu bewerkstelligen. Er spricht allen am Umzug Beteiligten ein großes Dankeschön aus. Aktuell werde neben der normalen Arbeit dieser Umzug organisiert.

b) Breitbandausbau Oberkirnach/Stockwald

Bürgermeister Rieger informiert, die Verlegung des Breitbandes im Bereich Oberkirnach und Stockwald sei ausgeschrieben. Im April finde die Submission statt, sodass bald mit den Arbeiten begonnen werden könne.

c) Haller-Areal

Bürgermeister Rieger führt aus, diesen Montag habe der Spatenstich auf dem Haller-Areal stattgefunden. Die ersten vier Einheiten konnten veräußert werden.

3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 19.02.2025

Protokoll:

- a) Der Gemeinderat hat die Vergabe der Ingenieurleistungen für die Erneuerung der Infrastruktur der Hans-Thoma-Straße beschlossen.
- b) Der Gemeinderat hat der Ernennung von Ehrenmitgliedern der Feuerwehr zugestimmt.

**4 Vergabe der Kommunalen Wärmeplanung im Konvoi für die Kommunen St. Georgen – Deißlingen – Niedereschach
Vorlage: 025/25**

Protokoll:

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, nach Beheizung durch Öl und Kohle, Erdgas, erneuerbaren Energien stehe man nun in der vierten Generation der Wärmeversorgung, bei Fernwärmesystemen. So sei bereits 2023 im Gemeinderat beschlossen worden, mit den Gemeinden Deißlingen und Niedereschach im Konvoi eine kommunale Wärmeplanung anzugehen. Wärmeplanung bedeute, Kommunen sollten planen, wie sie bis zum Jahre 2045 klimaneutral werden könnten. Die Planung hierfür solle bis spätestens 2028 abgeschlossen sein. Ab dann gelten die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beim Heizungstausch. Nach dem eignen sich vor allem Wärmepumpen als zukunftssicheres Heizsystem. Auch Fernwärme sei eine gute Möglichkeit. Allerdings lösten ein alleiniger Wärmeplan nicht eine frühere Geltung der Pflichten des GEG aus. Es werde eine Gebietsausweisung durch die Kommune benötigt. Werde eine Entscheidung über eine Gebietsausweisung bereits vor dem Jahr 2028 getroffen, werde in diesem Gebiet der Einbau von Heizungen mit 65 % erneuerbaren Energien ab diesem Zeitpunkt verbindlich. Vom zu beauftragenden Büro werde die Bestandsanalyse, Potentialanalyse, die Ermittlung eines klimaneutralen Zielszenarios 2040 sowie die Festlegung der kommunalen Wärmewendestrategie und des Maßnahmenkatalogs übernommen. Durch das Büro erfolge eine Datenerfassung, aus welchen Bereichen „Abfallwärme“ genutzt werden könne. Die Gebietsausweisungen müssten durch den Gemeinderat erfolgen.

Zur Submission der beschränkten Ausschreibung hätten sechs Angebote vorgelegen. Mit dem preisgünstigsten Bieter wurde ein Aufklärungsgespräch, an dem Vertreter der Gemeinden Deißlingen und Niedereschach teilgenommen hätten, durchgeführt. Die Firma wolle die Planung innerhalb von 12 Monaten erstellen. Der Preis werde gehalten, auch wenn die Pla-

nung länger dauern würde. Laut Verteilschlüssel entfallen auf St. Georgen 51 % der Ausgaben sowie der Förderung.

Stadtrat Fichter erkundigt sich, was dies für die Hauseigentümer in einem ausgewiesenen Gebiet bedeute.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, sobald es um eine Heizungserneuerung eines Eigentümers gehe, müsse dieser an das Wärmenetz anschließen oder grundlegend sein Gebäude sanieren, um mit einer Wärmepumpe die erforderlichen Werte zu erreichen. Sobald ein Gebiet festgelegt sei, sei auch die Stadt dann im Zugzwang und müsse den Anschluss auch ermöglichen. Daher müsse das Gebiet sehr gut überlegt sein.

Stadtrat Laufer erkundigt sich, wie es sich verhalte, wenn ein Eigentümer sich dies alles finanziell nicht leisten könne.

Stadtbaumeister Tröndle führt aus, er werde keine andere Heizungsart genehmigt bekommen.

Stadtrat Freischlader erwähnt, ein Anschluss an das Wärmenetz sei die günstigere Variante als die Neuanschaffung einer anderen Heizung. Mit seiner Praxis sei er bereits am Wärmenetz. Es gebe die Vorteile, dass Heizungswartungen usw. nicht mehr anfallen. Jeder müsse sowieso früher oder später die vorgeschriebenen 65 % aus erneuerbaren Energien erfüllen. Die Entscheidung für das Wärmenetz im Konvoi sehe er als gute Entscheidung im Interesse der Bürger.

Stadträtin Heinzmann sieht auch den Vorteil für jüngere Familien, die sich ältere Häuser kaufen und an ein günstigeres Wärmenetz anschließen könnten.

Beschluss:

In Abstimmung mit den beiden Partnergemeinden Deißlingen und Niederschach erhält das Büro Rieker Planungsgesellschaft mbH aus 60 486 Frankfurt am Main den Planungsauftrag zur kommunalen Wärmeplanung in Höhe von 74.759,61 € brutto.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 23

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

5 Vergabe von Leistungen für Wartung und Support der Schul-IT in den Schulen der Stadt St. Georgen
Vorlage: 026/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger führt ein, die Digitalisierung in allen Bereichen nehme stetig zu. Dies bedeute auch Mehraufwand bei der Wartung und in der Unterhaltung. Im Rathaus würden bereits zwei Vollzeitstellen für die IT benötigt, für die Schulen gebe es keine Kapazitäten mehr. Trotz externem Support sei es erforderlich, dass sich die Schulen weiterhin mit einbrächten.

Herr Costantino erläutert, die Digitalisierung der Schulen wurden durch den Digitalpakt des Landes gefördert. Die Grundausstattung sei vorhanden. Nun gehe es darum, das Netzwerk zu warten. Hinzu komme, dass später Neuanschaffungen anstünden. In den Schulen geschehe viel im Ehrenamt oder die Systeme würden durch externe verschiedene Wartungsfirmen in Sachen IT betreut. Dies habe nicht immer reibungslos funktioniert. Hinzu komme das Thema der Datensicherheit und Optimierung der Strukturen. Es gebe Synergieeffekte, wenn alle Schulen auf einem einheitlichen Stand seien. Dies alles funktioniere nicht ohne einen externen Support. In dem vorgelegten Vertrag sei eine Testlaufzeit von zwei Jahren festgelegt worden. Nach einem Jahr müsse geschaut werden, wie es laufe und was noch optimiert werden könne. Künftig gebe es den „First Level“, dieser werde durch die Schulen selbst abgedeckt, im „Second Level“ komme die Firma Cosus zum Einsatz und im „Third Level“ wende sich die Firma Cosus dann an den Hersteller.

Erfreulicherweise sei die Firma Cosus bei der Ausschreibung der günstigste Bieter gewesen. Die Firma Cosus habe bisher schon einen Teil der Betreuung an den Schulen abgedeckt und kenne sich in den Einrichtungen aus. Es könne von einem guten und vertrauensvollen Verhältnis zur Firma Cosus gesprochen werden.

Im Vertrag gebe es noch ein paar redaktionelle Kleinigkeiten, welche mit den Schulleitern zu klären seien. Dies dürfe jedoch nicht die Kosten oder Vergabesummen ändern.

Stadtrat Freischlader zeigt sich mit der Vorgehensweise einverstanden. Er wünsche sich, dass die Digitalisierung mit Folgekosten nicht ureigenste Aufgabe der Kommunen werde, sondern im Bereich Schulen liege die Unterhaltung beim Bund und Land und er bittet hier um mehr Unterstützung.

Bürgermeister Rieger berichtet, Ministerin Schopper sei demnächst am Bildungszentrum zu Besuch. Er nehme diesen Hinweis gerne mit.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt St. Georgen im Schwarzwald beschließt den Auftrag für den Support- und Wartungsvertrag für die Betreuung der Schul-IT der Schulen der Stadt St. Georgen an die Firma Cosus GmbH aus St. Georgen zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 23

Ablehnung: ./

Enthaltung: ./

**6 Beteiligung der Umlandgemeinden an der Finanzierung von Schulbau
und Schulsanierung
Vorlage: 024/25**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erläutert die Vorlage. Die Stadt Villingen-Schwenningen beabsichtige, das Gymnasium am Romäusring im Brandschutz zu ertüchtigen und die Sprachheilschule mit einer Ganztagesbetreuung auszustatten.

Rottweil sei die erste Stadt gewesen, die Umlandgemeinden an der Sanierung ihrer Schulen beteiligt habe. Mit Donaueschingen und weiteren Städten gebe es nun auch im Schwarzwald-Baar-Kreis die Forderungen an die Umlandgemeinden, sich an der Sanierung von Schulen zu beteiligen, sollten externe Schüler diese Schule besuchen. Dies sei eine legitime Vorgehensweise. In diesem Fall mit Villingen-Schwenningen gehe es um eine freiwillige Beteiligung St. Georgens an den Investitionskosten. Ab einer Fremdschülerzahl von 30 % sei die Beteiligung verpflichtend. Der Vorschlag sei, in weitere Gespräche mit der Stadt Villingen-Schwenningen zu gehen, auch im Hinblick auf die Sanierung der St. Georgener Schulen und eine damit verbundene Beteiligung der Umlandgemeinden. Bei einer Sanierung des Bildungszentrums würden die 30 % Fremdschüler erreicht. In der Robert-Gerwig-Schule könne eine Beteiligung nur auf freiwilliger Basis erfolgen, wolle man hier Umlandgemeinden einbeziehen.

In einem ersten Schritt müsse aber geklärt werden, ob eine Ertüchtigung des Brandschutzes abgedeckt sei und auch Umlandgemeinden beteiligt werden könnten oder ob dieses Urteil „Geislinger Urteil“) nur bei Um- und Neubauten angewandt werden dürfe.

Stadtrat Fichter fragt nach, wie hoch der Anteil an der Robert-Gerwig-Schule von auswärtigen Schülern sei.

Bürgermeister Rieger antwortet, es seien 11 % und eine Beteiligung könne auf freiwilliger Basis erfolgen.

Stadtrat Freischlader ist der Meinung, auch St. Georgen könne nicht auf die Beteiligung der Umlandgemeinden bei eigenen Sanierungen verzichten. Es gehe um die Grundsätze der Einnahmenbewirtschaftung. Dennoch störe dieses Gesetz den kommunalen Frieden.

Stadtrat Rieger sieht die Beteiligung bei der Sanierung des Gymnasiums am Romäusring kritisch. Diese Schulform werde in St. Georgen angeboten. Die Beteiligung bei der Sprachheilschule sei nachvollziehbar. Er kön-

ne das Recht nicht verstehen. Eine Beteiligung solle nur gefordert werden dürfen, wenn die Schulart nicht angeboten werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt St. Georgen im Schwarzwald ermächtigt die Verwaltung, Verhandlungen mit der Stadt Villingen-Schwenningen über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Beteiligung an Schulbau- und Schulsanierungskosten zu führen. Dabei sollen sowohl die von St. Georgen zu tragenden Anteile als auch die Möglichkeiten einer Kostenbeteiligung für die eigenen Schulstandorte erörtert werden.

Insbesondere soll die Verwaltung Möglichkeiten einer Kostenbeteiligung auch für die Schulstandorte in St. Georgen untersuchen.

Die Ergebnisse werden dem Gemeinderat zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 23

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

7 Ernennung Vorsitz Entwicklungsbeirat
Vorlage: 023/25

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erläutert die Vorlage. In seiner Sitzung habe der Entwicklungsbeirat beschlossen, Frau Scholz, als Vertreterin des Kultur- und Vereinsbereichs, zur Vorsitzenden des Entwicklungsbeirats und Herrn Rath, als Vertreter der Schulen, als ihren Stellvertreter, zu benennen. Der Gemeinderat muss diesem Beschluss zustimmen.

Aus dem Gremium gibt es hierzu keine Wortmeldungen.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat St. Georgen bestimmt Frau Ute Scholz, Vertreterin aus dem Kultur- und Vereinsbereich, als Vorsitzende des Entwicklungsbeirats St. Georgen.
- b) Der Gemeinderat St. Georgen bestimmt Herrn Hannes Rath, Vertreter der Schulen, als stellvertretenden Vorsitzenden des Entwicklungsbeirats St. Georgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 23

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

Protokoll:

- a) Sauberkeit in der Stadt – Fastnachtsumzug
Stadtrat Schwarz gibt die Beschwerde weiter, nach dem großen Umzug seien sehr viele kleine Flaschen herumgelegen. Es wurde angeregt, bei solchen Veranstaltungen mehr Mülleimer aufzustellen. Bürgermeister Rieger sagt zu, diesen Hinweis an die Veranstalter weiterzugeben. Er weist darauf hin, dass das Sauberhalten der Gehwege Anliegersache sei, auch im Sommer. Der Bauhof habe sofort nach dem Umzug die Straßen gereinigt.

- b) Bürgerbus
Stadtrat Schwarz gibt die Anregung weiter, einen Bürgerbus einzuführen. Die Taxi-Situation in St. Georgen sei schlecht und die Diskussionen über einen Bürgerbus habe es bereits im Gemeinderat gegeben.
Bürgermeister Rieger erwähnt, mit dem Linienbus würden die meisten Bereiche abgedeckt. Wenn ein Bürgerbus eingesetzt würde, müsse dieser eine andere Linie fahren, es dürfe keine Konkurrenz entstehen. Ein Bürgerbus müsse auch von Bürgern organisiert werden, die Stadt könne nur unterstützen.

- c) Müllsituation Gerwigstraße
Stadtrat Rieger spricht die unbefriedigende Situation der Mülllagerung gegenüber der Katholischen Kirche an. Ihm sei bekannt geworden, dass die vorgeschlagene Lösung, den Müll in den ehemaligen Zwischengang der ehemaligen Post vom Marktplatz her zu lagern, zerschlagen habe.
Bürgermeister Rieger erklärt, hier gebe es laufend Ärger. Mit den Hausverwaltungen habe es mehrere Gespräche gegeben. Aktuell sei ein Hausmeisterdienst beauftragt und die Situation habe sich etwas gebessert. Es gebe kein Signal, dass der Durchgang nicht mehr genutzt werden könne.
Stadtbaumeister Tröndle ergänzt, bisher wurden auch die Mülltonnen des Gebäudes Am Markt 6 in diesem Durchgang gelagert. Von den Eigentümern Am Markt 4 wurde dies nun untersagt. Die Eigentümer Am Markt 6 müssten nun nach einer eigenen Lösung suchen. Es werde versucht, im Zuge der Kreuzungssanierung Gewerbehallestraße/Gerwigstraße eine Lösung zu finden.

- d) Beschilderung Innenstadt
Stadträtin Heinzmann gibt die Bitte weiter, im Bereich Bahnhof ein Hinweisschild anbringen zu lassen, auf dem ersichtlich sei, wo es zur Innenstadt gehe und was in der Innenstadt alles vorgefunden werden könne.

Bürgermeister Rieger lässt dies überprüfen. Allerdings könne nicht auf verschiedene Einrichtungen in der Innenstadt hingewiesen werden.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 15. Mai 2025